

<https://gruene-wittmund.de>

1. Bauaufgaben jetzt nicht verschieben

Wir teilen Ihre Auffassung, dass die zum Teil massiven kommunalen Einnahmeausfälle aufgrund des Wegbrechens von Steuereinnahmen und die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen der Kommunen in Folge der Corona-Pandemie nicht dadurch auch nur teilweise kompensiert werden können, geplante kommunale Investitionen zu verschieben oder auf den Prüfstand zu stellen. Ein solches Vorgehen wäre konjunkturpolitisch kontraproduktiv und würde den gigantischen kommunalen Investitionsstau nur weiter vergrößern. Die Kommunen müssen weiterhin investieren können und dafür ggf. auch höhere Schulden in Kauf nehmen. Dazu bedarf es aber auch einer Kommunalaufsicht auf Landesebene, die den Kommunen entsprechende Spielräume lässt. Wir treten dafür ein, die Kommunen u.a. durch einen höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern finanziell besser auszustatten.

Und: die Kommunen müssen Bestandanpassungen jetzt auf den Klimawandel einstellen. Es darf nicht sein, dass wir erst nach Katastrophen wie dem jüngsten Unwetter in Rheinland-Pfalz und NRW gegen Flächenversiegelung und für nachhaltigere Dorf- und Stadtplanung aktiv werden. Die Bebauung muss jetzt an den Klimawandel angepasst werden.

2. Investieren Sie durch kommunale Bauten in die Zukunft

Wie bereits unter 1. dargelegt, sind wir der Auffassung, dass die Kommunen ihrer Verantwortung für eine hochwertige kommunale Infrastruktur, zu der nicht zuletzt unsere Schulen, Kitas etc. gehören, gerecht werden und dafür finanziell entsprechend ausgestattet werden müssen. Ihre kritische Position PPP-Projekten gegenüber teilen wir. Damit werden – wie Sie richtigerweise anmerken – nicht nur Gestaltungsentscheidungen aus der Hand der politisch Verantwortlichen gegeben, derartige Projekte sind am Ende in aller Regel auch teurer als kommunale Investitionen.

3. Nachhaltigkeit und Klimaschutz vorantreiben

Mit Ihrer Forderung Nachhaltigkeit und Klimaschutz voranzutreiben, unterstützen wir Sie voll und ganz: Wir müssen unserer Kommunen einerseits für die bereits eingetretenen oder nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels ertüchtigen (siehe auch Antwort zu 1.). Das bedeutet u.a. mehr Grün im urbanen Raum, um das Mikroklima und die Aufenthaltsqualität günstig zu beeinflussen. Das bedeutet aber vor allem auch, im Bereich der energetischen Sanierung, des flächensparenden und ressourcenschonenden Bauens einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz zu leisten.

4. Baugenehmigungsverfahren beschleunigen

Die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren hängt sehr wesentlich davon ab, ob es gelingt, ausreichend qualifiziertes Personal für die kommunalen Bauverwaltungen zu finden. Viele Kommunen und Landkreise würden die Verfahren gerne mit zusätzlichem Personal beschleunigen, haben dabei aber im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft aktuell oft das Nachsehen, weil die Privatwirtschaft in der aktuellen konjunkturellen Situation der Bauwirtschaft zumindest monetär attraktivere Angebote machen kann.

5. Planungsqualität zahlt sich aus

Ihre Einschätzung, dass sich hohe Planungsqualität auszahlt und hier nicht in erster Linie der Preis – ggf. jenseits der HOAI – die Rolle spielen sollte, teilen wir. Hinsichtlich des Aspekts des fachkundigen Personals in den Bauverwaltungen verweisen wir auf die Antwort zu 4.

6. Baukultur stärken

Wir teilen Ihre Auffassung, dass planerischen Vorgaben in den Bebauungsplänen für eine hochwertige Baukultur sehr wichtig sind. Deshalb stehen wir vorhabenbezogenen Bebauungsplänen, die oftmals sehr im Zeichen der Interessen einzelner Investoren stehen, grundsätzlich kritisch gegenüber. Selbstverständlich haben gerade die öffentlichen Auftraggeber eine hohe Verantwortung für architektonisch spannende und hochwertige Bauwerke.

7. Gute Stadtplanung etablieren

Hochwertige Stadtplanung erfordert qualifiziertes Personal in der kommunalen Verwaltung. Wir teilen Ihre Einschätzung, wonach Kommunen eine aktive Flächenpolitik betreiben sollten. Dieses gilt u.a. für den erforderlichen Umbau unserer Innenstädte, bei der es darauf ankommt, ggf. aufgegebene und zum Verkauf stehende Handelsimmobilien für eine stadtplanerische Gesamtentwicklung in kommunaler Hand zu sichern. Auch hier spielt die Vermeidung von Flächenversiegelung eine wichtige Rolle. Die Kommunen insbesondere in den ländlichen Regionen sollten hier den Bedarf für den Tausch von Wohnungen – z.B. Senior*innen suchen kleinere stadtnahe Wohnungen, Familien mit Kindern suchen ein größeres Haus – aktiv unterstützen.